

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

September 2019

öffentlicher magazin



**175 Jahre
Berliner Zoo**



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© Michael Wittig

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

die gerichtliche Auseinandersetzung um die amtsangemessene Besoldung ist längst zu einem „Dauerbrenner“ geworden, der allerdings gelegentlich Funken schlägt. So Anfang Juli durch eine teilweise missverständliche Senatsaussage. Tatsache aber ist, die Rechtslage hat sich nicht verändert. Möglicherweise entscheidet aber das Bundesverfassungsgericht noch in diesem Jahr über die Berliner Musterklage.

Die parlamentarische Sommerpause hat sich auch in der Gewerkschaftsarbeit des dbb berlin bemerkbar gemacht, der in den letzten beiden Monaten in eher ruhigen Gewässern schwamm. Für einige Mitgliedsgewerkschaften gilt das aber ganz und gar nicht: So hat der BSBD Berlin Senat und Abgeordnetenhaus aktuell vierzehn Kernforderungen präsentiert, mit denen der Justizvollzug zukunftssicher gestaltet werden kann.

Auch bei der DPVKOM von hochsommerlicher Lethargie keine Spur: Postwendend hat sie auf die Vorlage eines Eckpunktepapiers zur geplanten Überarbeitung des Postgesetzes am 1. August reagiert und die Wahrung der Mitarbeiterinteressen angemahnt.

Die DJG schließlich darf sich freuen, dass ihre langjährigen Forderungen nach Schutzkleidung für Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister endlich erfüllt werden.

Titelthema dieser Ausgabe ist – passend zur Ferienzeit – das 175-jährige Bestehen des Berliner Zoos. Vielleicht mag der Beitrag noch den einen oder anderen animieren, die schönen Spätsommer- und Herbsttage für einen Besuch bei „Panda, Gorilla und Co“ zu nutzen – zur eigenen Freude, aber auch zum Wohle der Tiere, zu dem jeder Kauf einer Eintrittskarte beiträgt.

Außerdem berichten wir in diesem Heft über die Ergebnisse einer von der DBV Versicherung initiierten forsa-Studie, die Aufschluss über das Ansehen der Gewerkschaften bei jungen Leuten gibt und ein interessantes Urteil zur Mitbestimmung des Gesamtpersonalrats.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Besoldung	
Amtsangemessene Alimentation	4
Dienstjubiläum	
40 Jahre im öffentlichen Dienst	5
Aus den Mitgliedsgewerkschaften	
Forderungen für den Justizvollzug	6
Schutzwesten für alle!	7
Überarbeitung Postgesetz	8
Titelthema	
175 Jahre Berliner Zoo	10
Studie	
Wertschätzung für Gewerkschaften	13
Recht	
Mitbestimmung bei Waffenbeschaffung	14
Unterhaltung	
Preisrätsel	15
Zum guten Schluss	
dbbj berlin im Bundeskanzleramt	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.
Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.
E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.
Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.
Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712.
 Preisliste 16, gültig ab 1.10.2018. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben. **Titelbild:** © Zoo Berlin.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.



Amtsangemessene Besoldung

Rechtslage unverändert!

Zu Irritationen hat Anfang Juli eine Antwort des Berliner Senats auf eine schriftliche Anfrage zur amtsangemessenen Alimentation geführt. Völlig unnötig, bekräftigt der dbb berlin, denn an der bisherigen Rechtslage hat sich kein Deut geändert. Wer seine Ansprüche, wie immer wieder vom dbb berlin angeraten, durch Widerspruch geltend gemacht hat, ist auf der sicheren Seite. Dafür hat der Senat selbst mit seinem Verzicht auf die Einrede der Verjährung gesorgt.

Wichtig ist, dass Beamtinnen und Beamte Ansprüche auf Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation in jedem laufenden Haushaltsjahr – also bis zum 31. Dezember – mit einem Widerspruch gegen eine nicht amtsangemessene Alimentation geltend machen müssen. Der Widerspruch sollte den Hinweis enthalten, der Dienstherr möge auf die Einrede der Verjährung verzichten.

Da alle Widersprüche ruhend gestellt und auf die Einrede der Verjährung verzichtet wurden, behalten die Widersprüche auch nach drei Jahren noch ihre Wirkung und machen Klagen überflüssig.

Betroffene halten sich auf diese Weise alle weiteren Optionen (auch die einer späteren Klage) offen.

Lediglich im Falle einer statusrechtlichen Veränderung (Beförderung oder Degradierung) ist ein erneuter Widerspruch erforderlich.

Wie geht es weiter?

Dem Bundesverfassungsgericht liegen aktuell mehrere Fälle als sogenannte „Vorlagenbeschlüsse“ zur amtsangemessenen Besoldung vor, darunter das dbb Musterverfahren (AZ: 4 B 34.12), das vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg vorgelegt wurde. Nach den dem dbb berlin vorliegenden Informationen, entscheidet das Bundesverfassungsgericht möglicherweise noch in diesem Jahr über das Berliner Musterverfahren. Bis dahin kann über den Ausgang des Verfahrens und die dann notwendigen Konsequenzen nur spekuliert werden. ■

Familienpflegezeit oder Pflegezeit: Finanzieller Vorschuss ermöglicht

Die Berliner Beamtinnen und Beamten können künftig einen finanziellen Vorschuss bei der Inanspruchnahme von Familienpflegezeit und Pflegezeit beantragen. Eine entsprechende Verordnung hat der Senat Ende Mai auf Vorlage von Finanzsenator Matthias Kollatz und nach Stellungnahme durch den Rat der Bürgermeister erlassen.

Damit soll die Pflege naher Angehöriger auch während der Freistellung mit möglichst geringen finanziellen Einbußen möglich sein.

Die Einzelheiten der Gewährung, Verrechnung und Rückzahlung des finanziellen Vorschusses sind im Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (§ 6 a BBesG BE) geregelt. Grundsätzlich soll der Vorschuss im gleichen Turnus wie die Zahlung der Besoldung auf Antrag gewährt werden, zusätzlich zu den monatlichen Dienstbezügen. Im Fall der Beurlaubung ohne Anspruch auf Besoldung wird für die Berechnung des Vorschusses von einer fiktiven Arbeitszeit in Teilzeit im Umfang von 15 Wochenstunden ausgegangen. Die

Rückzahlungsmodalitäten sehen vor, den Vorschuss mit den laufenden Bezügen verrechnen zu lassen. Gleichzeitig wird allen Beamtinnen und Beamten die Möglichkeit eröffnet, den Vorschuss in einer Summe zurückzuzahlen.

Bestandteil der Verordnung über einen finanziellen Vorschuss bei der Inanspruchnahme von Familienpflegezeit oder Pflegezeit (BlnPflZVVO) ist auch eine Härtefallregelung, die bei Rückzahlung des Vorschusses greifen soll. Denn der Verlauf eines Pflegefalles und die damit einhergehenden Rahmenbedingungen für die Beamtinnen und Beamten können sich jederzeit ändern und lassen sich nicht prognostizieren. Die Härtefallregelung soll dazu beitragen, dass Beamtinnen und Beamte auch über die maximal zu gewährenden 24 Monate Familienpflegezeit und Pflegezeit hinaus die Möglichkeit haben, nahe Angehörige zu pflegen und die Arbeitszeit zu reduzieren. In diesen Fällen kommen spezielle Verrechnungsmodalitäten mit einer angepassten Ratenzahlung zum Tragen. Gleichwohl muss der gewährte Vorschuss vollständig verrechnet oder zurückgezahlt werden.

Frank Becker feiert 40-jähriges Dienstjubiläum

Lob und Anerkennung vom Innensenator

Am 1. August 1979 ist Frank Becker in den öffentlichen Dienst eingetreten. Mit großem Engagement, so Innensenator Andreas Geisel in seiner Laudatio zum 40-jährigen Dienstjubiläum am 1. August 2019, hat er seitdem eine besonders spannende Zeit in den unterschiedlichsten Funktionen der Verwaltung mitgestaltet. Gewürdigt wurde von Geisel auch die ebenfalls 40-jährige ehrenamtliche Arbeit des Jubilars, die 2013 mit der Wahl zum dbb Landesvorsitzenden ein besonders deutliches Zeichen der Anerkennung erfahren habe.

Seine berufliche Laufbahn hat Becker vor 40 Jahren als Stadtassistent-Anwärter in seiner Geburtsstadt Solingen begonnen. Zu einem Zeitpunkt, so der Innensenator, der den Beginn eines Wertewandels sowie technischer und medialer Umbrüche markiert. Später hätten politische Umwälzungen, insbesondere die deutsche Einheit und das Ende des Kalten Krieges, für neue Herausforderungen gesorgt. „Sie haben diese spannende Zeit in den letzten 40 Jahren in verschiedenen Funktionen miterlebt und mitgestaltet,“ wandte sich der Senator an den Jubilar, „im Jugendamt des Bezirks Zehlendorf, bei der Senatsverwaltung für Gesundheit und bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abt. II“.

Auch das beeindruckende ehrenamtliche Engagement des Jubilars, das praktisch seinen gesamten Berufsweg begleitet hat, wurde vom Innensenator



Die Mitarbeiterinnen der Sekretariate von dbb berlin und gkl berlin gratulieren.

gewürdigt. Dazu zählen eine langjährige Tätigkeit als Personalratsvorsitzender und Mitglied des Hauptpersonalrats ebenso wie die als ehrenamtlicher Richter am Finanzgericht und als Mitglied im Vorstand der Verwaltungsakademie. Vor allem aber zeichnen Becker vier Jahrzehnte aktive und erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit im dbb beamtenbund und tarifunion aus. „Der öffentliche Dienst lebt von einem solchen Engagement, das die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in das Zentrum der Betrachtung stellt“, zollte Geisel den ehrenamtlichen Aktivitäten Anerkennung.



Innensenator Andreas Geisel und Frank Becker mit der Jubiläumsurkunde.

Zahlreiche Wegbegleiter

Neben dem Innensenator, der als Dienstherr Beckers auch die Jubiläumsurkunde überbrachte, hatten sich zahlreiche Wegbegleiter des Jubilars am 1. August zu einer kleinen Feierstunde in der Geschäftsstelle des dbb berlin eingefunden. „Seine“ Personalratsmitglieder waren ebenso präsent wie die Landesleitungsmitglieder des dbb berlin und die Nachfolgerin von Becker im Landesvorsitz der gkl berlin, Cornelia Stemmler. Außerdem gaben sich der Chef des dbb verlags, Bernhard Nietgen, und der Vorsitzende der dbb jugend berlin, Marcel Oehm, die Ehre und auch der Vorsitzende der CDU Berlin, Kai Wegner (MdB), war persönlich zu der Jubiläumsfeier erschienen. Nicht unerwähnt bleiben sollen auch die Geschäftsstellenmitarbeiterinnen, die natürlich nicht bei diesem Anlass fehlen durften.



Der Landesvorsitzende der CDU Berlin, Kai Wegner (MdB), und der Geschäftsführer des dbb verlag, Bernhard Nietgen, mit Innensenator Andreas Geisel (v. l.)

BSBD Berlin

Vierzehn Kernforderungen für einen zukunftsfähigen Strafvollzug

Gefangene mit radikal-islamistischem Hintergrund, organisierte Straftäter aus arabischen Großfamilien und Häftlinge mit Suchterkrankungen, psychischen Leiden und migrationsbedingten Integrations- und Sprachschwierigkeiten stellen das Gefängnispersonal vor immer größere Herausforderungen.

Weil gleichzeitig akute Personalnot im Justizvollzug herrscht, haben der BSBD Berlin und der Verein der Leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug des Landes Berlin (LMJ) Senat und Abgeordnetenhaus mit einem Vierzehn-Punkte-Katalog aufgefordert, für bessere personelle Rahmenbedingungen zu sorgen. Andernfalls seien die vielen altersbedingten Abgänge und Abwanderungen jüngerer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an andere Behörden, vorzugsweise Brandenburgs und des Bundes, nicht aufzufangen, zumal die Gewinnung neuen Personals unter den derzeitigen Bedingungen auf gravierende Schwierigkeiten stößt.

Um den Berliner Justizvollzug für die bereits bestehenden Herausforderungen und für künftige Aufga-



ben zu rüsten, sind, so BSBD Berlin und LMJ, insbesondere bessere Bezahlung und laufbahnrechtliche Perspektiven unabdingbar. Aber auch bauliche, technische und hygienische Maßnahmen sind längst überfällig (s. Kastentext).

Dazu BSBD-Landeschef Thomas Goiny: „Viele der Maßnahmen könnten sofort umgesetzt werden, weil sie in der Zuständigkeit des Senats liegen bzw. direkt durch das Parlament beschlossen werden könnten. Beide sind jetzt aufgerufen, das weitere personelle Ausbluten des Justizvollzuges zu verhindern.“ ■

So wird der Justizvollzug fit für die Zukunft

Die Probleme des Berliner Justizvollzugs sind lösbar! BSBD und LMJ zeigen Senat und Abgeordnetenhaus, welche vierzehn Schritte konkret zu tun sind:

- > Erhöhung der Anwärterbezüge für die Laufbahn des Allgemeinen Vollzugsdienstes auf das Niveau von BesGr. A 5,
- > deutlich bessere Bezahlung tarifbeschäftigter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Werk- und Krankenpflegedienst in der laufbahnrechtlichen Probezeit,
- > Verbesserung der Beförderungsperspektive von der BesGr. A 8 nach A 9s im Allgemeinen Vollzugsdienst, Krankenpflege- und Werkdienst,
- > Einführung einer zweigeteilten Laufbahn mit einem zweiten Einstiegsamt im Allgemeinen Vollzugsdienst,
- > Einrichtung eines justizvollzugsspezifischen Bachelorstudiengangs für den gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst,
- > Beförderungsperspektiven im Allgemeinen Vollzugsdienst, Werkdienst und Krankenpflegedienst bis A 13s,
- > Intensivierung und Beschleunigung der erfolgreich angelaufenen Aktivitäten zum Personalmarketing,
- > Anerkennung von Vordienstzeiten bei der Zuordnung in Erfahrungsstufen, insbesondere von Dienstzeiten als Berufssoldat und Soldat auf Zeit ab BesGr. A 4 als gleichwertig, und eine möglichst einheitliche Anerkennung von förderlichen sonstigen hauptberuflichen Zeiten,
- > Ruhestandsfähigkeit der sogenannte „Gitterzulage“,
- > verlässliche Finanzierung von jährlichen Leistungsprämien in allen Justizvollzugsanstalten Berlins,
- > Überprüfung und Verbesserung der Stellenbewertungen für Führungskräfte des gehobenen und höheren Dienstes,
- > kurzfristige Fortsetzung des bewährten „Schmöckwitz-Prozesses“ zur Weiterentwicklung des „Gesundheitspaktes für den Berliner Justizvollzug“,
- > Verbesserung der baulichen, technischen und hygienischen Rahmenbedingungen, insbesondere in den unsanierten Altbauten der Justizvollzugsanstalten Moabit, Tegel und Plötzensee,
- > ein verbindliches System zur Berücksichtigung von Führungsaufgaben auf allen Ebenen bei der Personalbedarfsberechnung und Unterstützung für Führungskräfte.

DJG Berlin

Schutzwesten für alle!

Seit Juli werden alle Justizwachtmeisterinnen und -wachtmeister der Berliner Gerichte und der Staatsanwaltschaft im Kammergericht vermessen und zur Anprobe gebeten. Sichergestellt werden soll auf diese Weise die optimale Passform für die neuen Schuss- und Stichwesten. Es handelt sich hierbei um die gleichen Westen, wie sie der Berliner Polizei zur Verfügung gestellt werden.

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) begrüßt, dass ihre langjährigen Forderungen mit der Umsetzung des neuen Sicherheitsrahmenkonzepts erfüllt werden. Allerdings ist es dazu auch höchste Zeit, denn allein im Jahr 2018 wurden mehr als 22.000 gefährliche Gegenstände von den Justizwachtmeistern sichergestellt. Damit hat sich die Anzahl der Gefährdungen gegenüber dem Vorjahr noch einmal erheblich gesteigert.

Der lang ersehnten Ausstattung mit Schutzkleidung soll in den kommenden Monaten weitere Sicherheitsausrüstung wie Einsatzgürtel, Handschuhe,



© DJG Berlin (2)

Teleskopschlagstock, Pfefferspray und Taschenlampe folgen.

Damit werden Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister auch in ihrer Ausstattung zu reinen Sicherheitsfachkräften. „Sie sollten auch dementsprechend besoldet werden“, fordert die DJG. Die bereits in wenigen Gerichten gezahlte Sicherungszulage muss deshalb zunächst auf alle Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister ausgedehnt werden.

Grundsätzlich will die DJG eine längere Ausbildungsdauer und eine daran neue gekoppelte Laufbahn- und Besoldungsreform erreichen.

David Bartetzko,
stellvertretender Vorsitzender der DJG Berlin

Überarbeitung des Postgesetzes

DPVKOM pocht auf Wahrung der Mitarbeiterinteressen

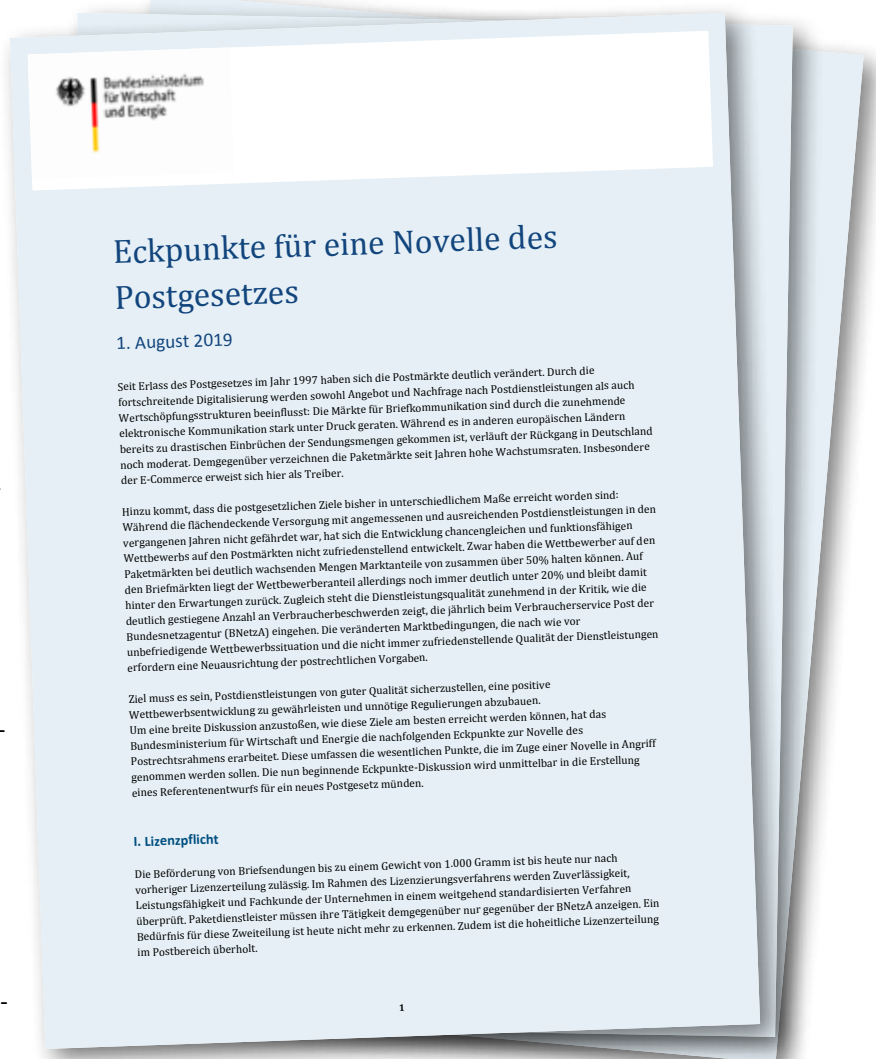
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat am 1. August ein Eckpunktepapier zur geplanten Überarbeitung des Postgesetzes veröffentlicht. Noch vor dem vom Ministerium für den 10. September in Bonn angesetzten Branchendialog hat die DPVKOM ihre Position in drei wesentlichen Kernpunkten klar gestellt:

Verstärkter Wettbewerb in einem tendenziell schrumpfenden Markt wie der Briefbranche kann nach fester Überzeugung der DPVKOM grundsätzlich nicht zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen führen. Im Gegenteil. Verschärfter Konkurrenzkampf, wie im boomenden Paketsegment, führt zu einer Absenkung der Tarifstandards und damit zu fortschreitender Entwertung der Arbeit bzw. zu Lohn- und Sozialdumping bei anderen Zustelldiensten, die ihr Geschäft ausschließlich oder hauptsächlich über beauftragte Servicepartner erledigen lassen.

Zwar sei mit dem Gesetz zur Nachunternehmerhaftung ein erster Schritt in die richtige Richtung getan, nachhaltige Qualität und Zuverlässigkeit der Dienstleistung lasse sich allerdings besser durch einen branchenspezifischen Mindestlohn in Deutschland für Post- und Paketzustelldienste erreichen.

Montagszustellung muss bleiben!

Eine klare Absage erteilt die DPVKOM außerdem Gedankenspielen, wonach in Deutschland Briefe bald nur noch von Dienstag bis Samstag zugestellt werden müssen. Ein solches Vorgehen würde bei der Deutschen Post AG schätzungsweise eine niedrige fünfstellige Zahl von Arbeitsplätzen massiv gefährden. Dass die Briefsendungsmengen am Montag besonders gering ausfallen, so die DPVKOM, hat auch mit der bereits vom Unternehmen aktiv betriebenen Sendungsmengensteuerung zu tun. Werbepost wird montags im Gegensatz zu vollbezahlten Briefen



schon jetzt nicht mehr ausgetragen. Eine weitere Verschlechterung des Serviceangebots wäre nicht nur unattraktiv für die Kunden, sondern würde auch zu weiterem Arbeitsplatzabbau führen.

An Lenkhöchstzeiten festhalten

Schließlich tritt die DPVKOM aus Arbeitsschutzgründen entschieden allen eventuell geplanten Bestrebungen entgegen, Paketzusteller nicht mehr den geltenden, gesetzlichen Lenkhöchstzeiten zu unterwerfen – ein Aspekt, der im Eckpunktepapier nur verklausuliert aufgegriffen wird. Auch eine Aufweichung der Bestimmungen zur Ladungssicherung im Paketzustellfahrzeug würde auf energischen Widerstand der DPVKOM stoßen.



© Zoo Berlin/Heiko Lehmann

Pandabär Meng Meng zählt zu den Publikumsmagneten.

175 Jahre Berliner Zoo

Von königlicher Liebhaberei zum artenreichsten Zoo der Welt

Der Berliner Zoo, der älteste in ganz Deutschland, feiert in diesem Jahr sein 175-jähriges Bestehen. Grund genug, einen Blick auf die wechselvolle Geschichte des erklärten Publikumsmagneten bei Berlinern und Touristen zu werfen. Vielversprechend sieht aber auch der Blick auf die Zukunft des Zoos aus, der sich schon jetzt über Fördermittelzusagen in Höhe von 60 Millionen Euro freuen darf, die in großzügige, artgerechte und den natürlichen Lebensraum der Tiere nachempfundene Gehege und Tierhäuser investiert werden sollen.

Begonnen hat alles mit dem Faible eines Monarchen für exotische Tiere, das Preußenkönig Friedrich Wilhelm auf der Pfaueninsel und auch im Tiergarten auslebte. Es bedurfte dann allerdings gleich mehrerer glücklicher Umstände, um aus dem royalen Privatvergnügen einen allgemein zugänglichen Zoo werden zu lassen: Zum einen wurde von Thronfolger Wilhelm IV. die Leidenschaft seines Vaters nicht geteilt, zum anderen nutzten der damalige Direktor des Zoologischen Museums in Berlin und keine Geringeren als Naturforscher Alexander von Humboldt und Landschaftsarchitekt Peter Joseph Lenné die Gunst der Stunde, dem Monarchen die Schenkung der Tiere an die Berliner Bevölkerung nahezu legen. Nach dreijähriger Bauzeit öffnete dann erstmals am 1. August 1844 der Berliner Zoo seine Pforten.

Zunächst noch sehr bescheiden, erst nach einem Vierteljahrhundert begann eine Erfolgsgeschichte, die erst im 2. Weltkrieg ein vorläufiges und grausames Ende nehmen sollte.

Erfolgsgeschichte vor dem 2. Weltkrieg

Ständig fanden neue Tierarten Aufnahme und mit ihnen wuchsen Gehege und Bauten, u. a. Elefanten-,



© Zoo Berlin/Wike Weiff

Zoodirektor Andreas Knieriem



Das berühmte Elefantenportal

Raubtier- und Antilopenhaus sowie auch das berühmte Elefantenportal am Eingang Budapester Straße. Auch die Eröffnung des Aquariums im Jahre 1913 fällt in diese Blütezeit. Vor dem 2. Weltkrieg zählte der Zoo stolze 4.000 tierische Bewohner in 1.400 Arten, von denen jedoch lediglich 91 das Inferno des Krieges überlebten, unter ihnen der legendäre Nilpferdbulle Knautschke. Auch von den Anlagen und Bauten war so gut wie nichts übergeblieben.

Jahrzehnte des Wiederaufbaus folgten und der Zoo begann wieder zu expandieren.

Wichtige Rolle beim Artenschutz

Dabei veränderte er nicht nur sein äußeres Gesicht, das heute gleichermaßen von historischen Bauwerken wie moderner Zooarchitektur geprägt ist, sondern auch seine Aufgabenstellung. „Moderne Zoos sind keinesfalls reine Freizeiteinrichtungen, sondern spielen zunehmend eine wichtige Rolle in den Bereichen Artenschutz, Forschung und in der Bildung,“ heißt auf dem Internetportal www.zoo-berlin.de. Zoodirektor Andreas Knieriem, der nach erfolgreicher Arbeit in Hannover und München 2014 nach Berlin kam, liegen Arten- und Naturschutz besonders am Herzen. So unterstützt der Berliner Zoo

Artenschutzprojekte in aller Welt finanziell und beteiligt sich aktiv an Erhaltungszuchtprogrammen. Tierarten wie Wisente, Moorenten oder Przewalskipferde würden ohne dieses Engagement nicht mehr existieren. Den Bartgeier, der in den Alpen bereits als ausgestorben galt, gelang es sogar, mithilfe des Zoos wieder in seinem natürlichen Verbreitungsgebiet anzusiedeln.

Wichtiger Bildungsauftrag

Forschung hilft nicht nur, noch ungeklärte Geheimnisse der Tierwelt zu entschlüsseln, auch sie ist eine wichtige Komponente des Artenschutzes. Entsprechend gibt es eine enge Zusammenarbeit mit den Fachbereichen der Berliner Universitäten. Und last, but not least, spielt auch Bildung beim Artenschutz eine wichtige Rolle. Denn nur wer die natürlichen Zusammenhänge kennt bzw. in jungem Alter an sie herangeführt wird, entwickelt Interesse, Problembewusstsein und ein adäquates Verhalten. Insofern wird jede kommentierte Fütterung im Berliner Zoo zu einer kleinen Lehrstunde in Sachen Zoologie und Artenschutz. Die ausführliche Beschilderung an den Gehegen tut ein Übriges. Wer es noch genauer wissen will, kann an einer der von der Zooschule angebotenen Führungen teilnehmen.



Begehbare Geiervoliere



Zoo und Tierpark gehen zusammen

Enge Zusammenarbeit pflegt der Zoo auch mit dem Tierpark in Friedrichsfelde, der 1955 in der geteilten Stadt von der DDR ins Leben gerufen wurde. Erfreulicherweise ergänzen sich beide Einrichtungen auf das Beste: hier der artenreiche Zoo im Herzen der Stadt, dort der weitläufige Tierpark an der Peripherie, der 160 Hektar umfasst und als der größte Landschaftstiergarten Europas gilt. Beide Einrichtungen stehen unter derselben Leitung.

Blick in die Zukunft

Natürlich ist ein Jubiläum auch immer Anlass für einen Blick in die Zukunft. Beim Berliner Zoo gibt es sehr klare Vorstellungen, welche Projekte in Angriff genommen werden sollen.

Beim Bau der bereits erwähnten artgerechten Tieranlagen will man auch dem Besucher künftig besondere Spektakel bieten und die Barrieren zu den Gehegen nahezu unsichtbar gestalten. U. a. ist eine 12.000 m² große Sumpflandschaft für Nilpferde und Tapire geplant, die die Besucher durch großzügige Panoramafenster „beim Wasserballett“ bestaunen können, heißt es auf der Website des Berliner Zoos.

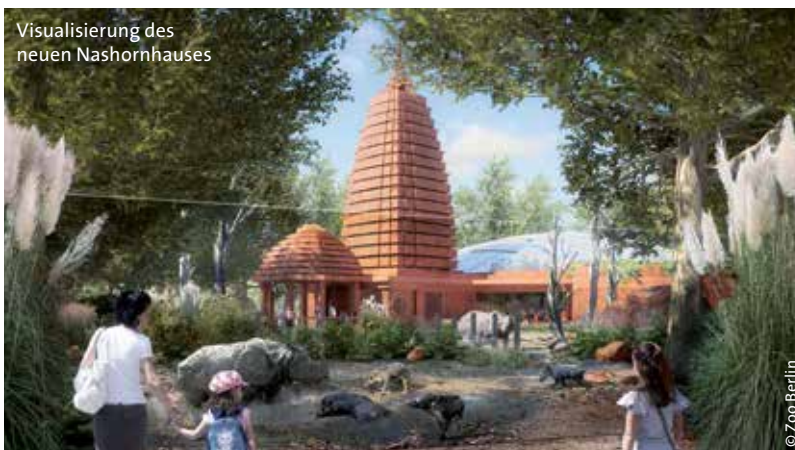
Paten gesucht!

Auch wenn bis 2035 60 Millionen Fördermittel für den Zoo vorgesehen sind, ist der Zoo bei den laufenden hohen Kosten auf Spenden angewiesen. Beispielsweise werden allein für die Gorillagruppe tagtäglich fast 50 Kilo Lauch, Paprika oder Salat benötigt. Im vergangenen Jahr konnten mit Spenden und Nachlässen 20 Prozent der Einnahmen generiert werden. Der Zoo

bietet potenziellen Unterstützerinnen und Unterstützern eine ganze Palette von Möglichkeiten an. Da gibt es neben der klassischen Tierpatenschaft weitere Patenschaften für Bänke, Bäume und Skulpturen. Auch projektgebundene Spenden, etwa für das Raubtier- oder das Affenhaus, sind hochwillkommen. Näheres unter www.zoo-berlin.de/unterstuetzen.

Ein Besuch lohnt immer

3,5 Millionen Besucher zählt der 33 Hektar große Zoo im Jahr – mit steigender Tendenz. Vielfalt und ständiger Wandel der Anlage, machen jeden Besuch zu einem neuen Erlebnis. So konnte der Zoo etwa im vergangenen Jahr mit der komplett umgebauten und modernisierten Adlerschlucht aufwarten. Auch das persönliche Lieblingstier, tierischer Nachwuchs oder die derzeit berühmtesten Bewohner, die beiden Pandas Meng Meng und Jiao Qing, Gorilla Ivo, Flusspferd Ede oder Seehund Molly üben große Anziehungskraft aus und machen einen Besuch im Berliner Zoo immer wieder lohnend, ganz abgesehen davon, dass auch die Tiere davon profitieren: „Jeder Kauf einer Eintrittskarte trägt maßgeblich zur Finanzierung künftiger Ziele und Visionen bei,“ hat es Zoodirektor Knieriem auf den Punkt gebracht. ■



Visualisierung des neuen Nashornhauses

© Zoo Berlin

forsa-Studie

Gewerkschaften mit hohem Ansehen bei jungen Leuten

Gewerkschaften genießen ein hohes Maß an Wertschätzung bei jungen Menschen. Das geht aus den Ergebnissen einer forsa-Befragung von über 1.000 Auszubildenden, Schülern und Studenten sowie Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Alter zwischen 16 und 29 Jahren hervor. Bis zu 68 Prozent können sich grundsätzlich eine Mitgliedschaft vorstellen. Als modern oder jugendlich werden Gewerkschaften allerdings kaum wahrgenommen.



In Auftrag gegeben worden war die forsa-Studie „Junge Menschen und Gewerkschaften“ von der DBV Deutsche Beamtenversicherung, einer Marke der AXA Versicherung AG, um Aufschluss über das Ansehen von Gewerkschaften bei jungen Menschen zu erhalten. Mit den Ergebnissen will die DBV, die langjähriger Partner des dbb vorsorgewerk ist, Gewerkschaften und Verbände bei der Gewinnung neuer Mitglieder unterstützen und verstärkt Aufmerksamkeit auf die ganz junge Generation lenken.

Insgesamt stimmen die Erkenntnisse der Studie optimistisch. Gewerkschaften erfreuen sich eines hohen Ansehens bei jungen Menschen, die nicht nur um die sozialpolitische Bedeutung der Interessenvertretungen wissen, sondern ihnen auch einen hohen Wirkungsgrad attestieren.

Die Vorteile des dbb und der Vorteilswelt des dbb vorsorgewerk, wie zum Beispiel Seminare, Versicherungsleistungen und Rabatte, werden sogar von bis zu 90 Prozent der Befragten als sehr attraktiv bewertet.

Defizite gibt es demgegenüber beim Bekanntheitsgrad von Einzelgewerkschaften und teilweise auch Dachverbänden bei der Altersgruppe. Zudem fehlt es den jungen Menschen offenbar an ansprechender Außenwirkung: Nur 10 Prozent der Befragten hielten

das Attribut „jugendlich“ für passend. Für „modern“ stimmten rund 25 Prozent.

Für die Mitgliedergewinnung dürfte schließlich ein weiterer Befund eine große Rolle spielen, nämlich, dass die wirtschaftlichen und Bildungsangebote der Gewerkschaften zwar als sehr attraktiv, zugleich aber auch als intransparent und wenig bekannt eingestuft wurden. Für die DBV Grund genug, die Studie um weitere, eigene Recherchen zu ergänzen und Verbänden und Gewerkschaften die gemeinsame Erarbeitung von Konzepten zur Mitgliedergewinnung unter Berücksichtigung fachlicher und regionaler Besonderheiten anzubieten.

F flankierend stehen dafür natürlich auch die für den öffentlichen Dienst maßgeschneiderten Vorsorgeprodukte der DBV mit exklusiven Rabatten für die Mitglieder des dbb und deren Angehörigen zur Verfügung. Zusätzlich bieten die Vorsorgespezialisten der DBV Vorträge und individuelle Beratungsgespräche an.

Weitere Informationen:

Sabine Koesling
Direktionsbevollmächtigte für den öffentlichen Dienst, DBV Deutsche Beamtenversicherung
E-Mail: sabine.koesling@dbv.de
Tel.: 01520.9372996

Polizei

Waffenbeschaffung ist mitbestimmungspflichtig!

Bei der Beschaffung von Mitteldistanzwaffen und Zubehör für Dienststellen der Berliner Polizei hat der Gesamtpersonalrat durchaus ein Wort mitzureden. Das musste sich Polizeipräsidentin Barbara Slowik durch eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 26. Juli 2019 (VG 62 K 8.18 PVL) ins Stammbuch schreiben lassen. Sie selbst hatte das Mitbestimmungsrecht des Gesamtpersonalrats bestritten.

Konkret greift in diesem Fall § 85 Abs. 1 Satz 12 des Berliner Personalvertretungsgesetzes (PersVG Berlin), wonach die Beschaffung der Waffen samt Zubehörteilen der Gestaltung des Arbeitsplatzes zuzurechnen und damit mitbestimmungspflichtig ist. Denn die Aushändigung einer Mitteldistanzwaffe oder auch einer Maschinenpistole zielt auf die Erfüllung einer bestimmten Dienstaufgabe ab. Dabei kommt es nicht auf den tatsächlichen Einsatz der Waffe an, schon die Abschreckung möglicher Angreifer bzw. die Beruhigung der verunsicherten Bevölkerung beim Patrouillieren erfülle den Tatbestand der Arbeitsplatzgestaltung. Der wo auch immer befindliche Einsatzort der Polizistin bzw. des Polizisten – im Freien oder auch in Fahrzeugen – ist dabei als Arbeitsplatz anzusehen, der auch durch die Waffe mitgestaltet wird.

Ausnahmen von der Mitbestimmungspflicht sind nur in sehr engem Rahmen zulässig, wenn eine Gestaltungsmaßnahme unbedeutend ist, etwa bei der Anschaffung von Kugelschreibern. Aber schon bei Druckern sieht die Situation anders aus: Hier muss der Personalrat wegen der Emissionen beteiligt werden.

Gesundheitsrisiko wird nicht gemindert

Als Maßnahme zur Verhütung von Dienst- und Arbeitsunfällen und sonstigen Gesundheitsschädigungen, die ebenfalls mitbestimmungsbedürftig ist, wollten die Richter dagegen die Waffenbeschaffung bei der Polizei nicht sehen. Das Risiko von Gesundheitsschädigungen oder Unfällen innerhalb der

Dienststelle würde durch die Ausrüstung mit Waffen nicht gemindert.


Zuständigkeit des Gesamtpersonalrats begrenzt

Im Hinblick auf die Zuständigkeit des Gesamtpersonalrats anders zu bewerten ist dagegen die von der Polizeipräsidentin ebenfalls veranlasste Beschaffung von Maschinenpistolen für nur eine Dienststelle. Denn nach § 54 Satz 1 PersVG Berlin wird der Gesamtpersonalrat nur in Angelegenheiten beteiligt, die mehrere Dienststellen seines Geschäftsbereichs betreffen. Im konkreten Fall ist das die Polizeibehörde, in deren Geschäftsbereich u. a. jede Direktion und das Landeskriminalamt (LKA) fallen. Insofern bleibt der Gesamtpersonalrat bei der Maßnahme, die nur eine Dienststelle betrifft, außen vor, auch wenn die Entscheidung über die Beschaffung auf der Ebene der Polizeipräsidentin und nicht auf der Ebene der einzelnen Dienststelle fällt. Zuständig soll in dem Fall der örtliche Personalrat der Dienststelle sein, bei der die Waffen eingesetzt werden.

Maria Timmermann



© oberatthwald/pixabay

bändi- gen, domes- tizieren	vordring- lich	inner- lich erfüllt	uner- messlich	engl.- amerik. Längen- maß	ugs.: in Ordnung (ameri- kanisch)	Gebets- schluss- wort	Kfz.-Z. Land- kreis Rostock	Klei- dungs- stück	Bundes- staat der USA	Teil eines Wohn- raumes	
↳	↳			Überein- kunft	↳		↳			9	
Tadel		bibli- scher Prophet			5	griechi- scher Liebes- gott		Auswir- kung, Ergebnis		Staat in West- afrika	
↳			2	österr. Kompo- nist (Joseph)			Schiff- fahrts- route		1		
Wirk- stoff im Tee				<p>UNSERE GEWINNER</p> <p>Über das Maskottchen „Adlerküken Horst“ können sich Karl-Christian Gerke, 12203 Berlin, Birgit Kramp, 10245 Berlin, und Karsten Nicklaus, 15806 Zossen, freuen.</p>  <p>© dbb berlin</p>						Schub- lade, Sparte	
Geliebte des Zeus	Teil- strecke	eiförmig								Gott anrufen	starkes Schiffs- tau
↳	6	deut- sche Ostsee- insel								↳	
Trink- schoko- lade	Manns- bild, Bursche									Unter- arm- knochen	Hart- schalen- frucht
↳			Leu- mund, Ansehen	gefeierte Künst- lerin	Stadt in Belgien	Horn- schuh des Pferdes	englisch: eins	englische Schul- stadt		Riesen- schlange	
ärmel- loser Umhang					leer, unaus- gefüllt			3	Fremd- wort- teil: unter		
reich an Licht		seemän- nisch: Wind- seite		eine Zahl			Wurfseil, Wurf- schlinge				
↳	7		beinahe		4	Geheim- gericht			Europ. Weltraum- organisa- tion (Abk.)	8	

Drei elegante Schreibsets ...

... warten dieses Mal auf die Gewinner unseres Preisrätsels, die unter den Einsendern der richtigen Rätsellösung ausgelost werden. Wer also die Rotring-Schreiber – eine Spende der HUK – gern künftig in Gebrauch nehmen würde, schicke die richtige Lösung bis 15. September an:

dbb berlin
post@dbb.berlin
Fax: 030.327952-20

Mit ein wenig Losglück gehören Sie zu den Gewinnern!

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



PREISRÄTSEL

dbb jugend berlin

Zu Besuch im Bundeskanzleramt

Über die Historie und die besondere Architektur des Bundeskanzleramts konnte sich die dbb jugend berlin am 6. August 2019 direkt vor Ort einen Eindruck verschaffen. Ermöglicht hatte den Besuch die VBOB Fachgruppe, deren Vorstandsvorsitzender Olaf Lüdke es sich nicht nehmen ließ, die Jugendgruppe persönlich zu begrüßen und kurz in die Materie einzuführen.



Die dbb jugend berlin im Bundeskanzleramt mit Olaf Lüdke (Bildmitte) und dem Landesjugendvorsitzenden Marcel Oehm (rechts daneben).

Schon das hauptstadt magazin war von Lüdke mit den Besonderheiten des Bundeskanzleramts vertraut gemacht worden (vgl. Heft 10/2017).

Der monumentale und zugleich elegante Bau nach den Plänen der Architekten Axel Schultes und Charlotte Frank verfehlte seine beeindruckende Wirkung auch bei der jungen Besuchergruppe nicht, die außerdem Einblick in den Erweiterungsentwurf des Kanzleramts erhielt, der 2028 im Kanzlergarten eröffnet werden soll.

Im Gebäudekomplex der größten Regierungszentrale der Welt bestaunten die 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer die durchdachte Raumaufteilung, die insbesondere im Bankettsaal, der Pressezone und dem Internationalen Konferenzraum deutlich wurde.

Auch von den Werken nationaler und internationaler Künstler, die das Haus beherbergt, zeigten sich die Besuchergruppe der dbbj berlin beeindruckt, insbesondere von den Portraits aller bisherigen Bundeskanzler und der monumentalen Eisenskulptur „Ber-

lin“ des baskischen Bildhauers Eduardo Chillida im Vorbereich des Eingangs für Staatsgäste.

Impulsvortrag zur Digitalisierung

Zusätzlich zu der Führung durch das Haus wurde der dbb jugend berlin bei ihrem Besuch im Kanzleramt ein Impulsvortrag zum Thema Digitalisierung im öffentlichen Dienst geboten. Der stellvertretende Leiter des Referats Informationstechnik im Bundeskanzleramt, Till Nierhoff, unterstrich dabei die Bedeutung des „Social Intranet“, das Kontakte im Bereich der Verwaltung zusammenführe und Kompetenzen digital sichtbar werden lasse. Auch die weiteren bereits im Kanzleramt umgesetzten oder geplanten Maßnahmen und Projekte, die Nierhoff vorstellte, stießen auf großes Interesse bei der dbb jugend berlin, die selbst sehr stark in das Thema Digitalisierung im öffentlichen Dienst involviert ist.

Der Landesjugendvorsitzende des dbb berlin, Marcel Oehm, betonte in diesem Zusammenhang Bedeutung und Verantwortung, die Gewerkschaften und ihre Jugendorganisationen generell bei der Mitgestaltung politischer und zukunftsstragender Themen haben.

Den informativen Besuch im Kanzleramt schloss die dbb jugend berlin mit einem Umtrunk ab, dem sich auch die Kooperationspartner der DBV im Bereich öffentlicher Dienst, Bernd und Fabian von Zweydford, anschlossen.

Marcel Oehm: „Ihnen wie auch dem Fachgruppenvorstand des VBOB im Bundeskanzleramt, speziell Olaf Lüdtkke und Dr. Till Nierhoff, an dieser Stelle nochmals großen Dank.“

